

Beschluss (vorläufig)

100% Zukunft statt Atom – Das Grüne Energiekonzept

Das von Schwarz-Gelb beschlossene so genannte „Energiekonzept“ ist eine Mogelpackung. In Wirklichkeit geht es der Regierung Merkel ausschließlich um die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke zugunsten der vier großen Stromkonzerne E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW. Die Behauptungen der Bundesregierung, AKW-Strom sei sicher, preiswert und klimafreundlich, sind alle durch Fakten widerlegt. Das Energiekonzept der Bundesregierung schlägt anders als Merkel behauptet keine Brücke in das Zeitalter der regenerativen Energien, sondern bedeutet für sie den Abgrund.

Schwarz-Gelb betreibt reine Klientelpolitik für die Atomlobby – auf Kosten der Sicherheit der Bevölkerung und künftiger Generationen. Und die Bundesregierung verletzt mit der Vereinbarung von Geheimverträgen mit der Atomlobby und dem versuchten Durchzocken der Laufzeitverlängerung am Bundesrat vorbei demokratische und verfassungsrechtliche Prinzipien.

Wir Grüne kämpfen daher mit ganzer Kraft für einen energiepolitischen Systemwechsel und für eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien. Das bedeutet auch, dass die sieben ältesten Schrottmäiler und das AKW Krümmel sofort vom Netz gehen bzw. abgeschaltet bleiben. Die übrigen AKW dürfen nicht länger laufen, als beim Atomausstieg im Jahr 2000 ausgemacht wurde.

Schwarz-Gelbe Energie-Sackgasse

Verharmlost als vermeintliche „Energiebrücke“ führt der energiepolitische Kurs der schwarz-gelben Regierungskoalition mit der Laufzeitverlängerung in eine Sackgasse. Schamlos versprechen Atomkraftwerksbetreiber und schwarz-gelbe Koalition durch Laufzeitverlängerung wirtschaftliche Vorteile für Verbraucher, öffentliche Haushalte und Erneuerbare Energien, doch weder sinken die Strompreise noch steigen die Steuereinnahmen. Im Gegenteil: Durch Sanierungskosten für Asse und Forschungseinrichtungen kommen stattdessen zusätzliche Kosten in Milliardenhöhe auf die öffentliche Hand zu. Die Bundesregierung zementiert die Übermacht der vier Atomkonzerne auf dem Energiemarkt. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz wird in wesentlichen Punkten in Frage gestellt. Es droht ein Angriff auf den Einspeisevorrang der Erneuerbaren Energien, da ein Stromsystem mit unflexiblen Atomkraftwerken und hohen Anteilen erneuerbarer Energien nicht funktionieren kann. Die vom Wetter beeinflussten Einspeisungen von Strom aus Sonne und Wind erfordern einen Kraftwerkspark, der sich flexibel anpassen kann, flexiblere und intelligenter Netze sowie die Erschließung von mehr Speicherkapazitäten. Umweltminister Röttgen tritt beim Ausbau der Erneuerbaren auf die Bremse. Im August noch hatte das schwarz-gelbe Kabinett der EU gemeldet, dass die Erneuerbaren bis 2020 einen Anteil von 39% an der Stromversorgung haben werden – wenn es bei der Politik der Vorgängerregierungen bleibt. Im „Energiekonzept“ wird dieser Anteil jetzt auf 35% zusammengestaucht. Diese zögerlichen Ziele be-

deuten in Wirklichkeit einen drastischen Einbruch um bis zu 85% des aktuell realisierten Zubaus der erneuerbaren Energien. Dagegen wäre ein deutlich schnellerer Ausbau nötig und möglich. Die Erneuerbare-Energien-Branche hält unter den Bedingungen des Atomausstiegs und des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes 50% Strom aus Erneuerbaren bis 2020 für machbar. Das grüne Energiekonzept setzt auf 100% Ökostrom bis 2030.

Eine genauso falsche Politik der Bundesregierung wird im Gebäudebereich deutlich. In diesem Sektor ließe sich in den nächsten Jahrzehnten die meiste Energie einsparen. Aber gerade hier streicht die Regierung die Mittel besonders radikal zusammen. Das hat auch fatale Folgen für die HandwerkerInnen und den Mittelstand, die sich gerade auf energetische Sanierung spezialisiert haben. Die energetische Gebäudesanierung wird regelrecht abgewickelt: radikale Kürzungen von über 500 Millionen Euro allein beim Gebäudesanierungsprogramm, hinzu kommen Streichungen bei der Förderung der Kommunen und beim Marktanreizprogramm sowie das nach wie vor komplett fehlende Erneuerbare-Wärmegesetz für den Gebäudebestand. So fällt die dringend notwendige Komplettisanierung des Gebäudebestands in einen Dornröschenschlaf und wird erst in ca. 100 Jahren vollendet, was einer gigantischen Energieverschwendung entspricht.

Gleichzeitig lässt Minister Ramsauer die Investitionen in den Ausbau des Autobahnnetzes unangetastet. In seinem Haushalt zeigt sich seine Orientierung als reiner Straßenbauminister, der mit ökologischen Verkehrskonzepten nichts anzufangen weiß: Fehlanzeige bei Verkehrsvermeidung und -verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsträger, beim Tempolimit oder bei innovativen Konzepten wie dem Car Sharing. Bei Ramsauer kommt Klimaschutz im Verkehrssektor praktisch nicht vor. Von der Automobilindustrie wird keinerlei innovative Anstrengung verlangt, die Schiene als Alternative wird geschwächt und nicht gestärkt. Stattdessen werden die knappen Investitionsmittel für den Bahnverkehr jetzt komplett im Wahnsinnsprojekt Stuttgart 21 versenkt. Schon die schwarz-rote Bundesregierung hatte die europäische CO₂-Regulierung für PKW verwässert, Schwarz-Gelb kämpft nun gegen ambitionierte Klimaauflagen bei leichten LKW. Eine irreführende PKW-Energieverbrauchskennzeichnung, die Weigerung, die Besteuerung bei Kfz und Dienstwagen zukunftsfähig zu gestalten und die Aussetzung der bereits beschlossenen LKW-Mauterhöhung komplettieren das Versagen in der Verkehrspolitik. Selbst in der auch von Kanzlerin Merkel groß angekündigten Offensive pro Elektromobilität kommt die Regierung keinen Schritt von der Stelle.

Auch Energieeffizienz, Netzausbau und Energieforschung kommen bei Schwarz-Gelb zu kurz. Ein ambitioniertes Energieeffizienzgesetz wird nicht einmal mehr in Betracht gezogen. Für den notwendigen Ausbau einer leistungsfähigen Netzinfrastruktur werden keinerlei Maßnahmen ergriffen, die entlang der Trassen für Akzeptanz sorgen könnten. In der Energieforschung wurden gleich 300 Millionen Euro gestrichen, und weiterhin raubt der Schwerpunkt Kernspaltung und Kernfusion das Geld für die Erforschung erneuerbarer Energien und von Energieeffizienz. Hinzu kommt, dass die Regierung die Augen vor den ökologischen und sozialen Folgen und Gefahren, aber auch vor den Grenzen der Gewinnung von Öl, Gas, Kohle und Uran komplett verschließt und nichts tut, diese möglichst schnell zu beenden. Das Unglück der Ölbohrplattform „Deep Water Horizon“ hat die Folgen der derzeitigen Energiepolitik nur besonders dramatisch aufgezeigt – Schwarz-Gelb nimmt diese und andere Folgen der fossilen Energiewirtschaft billigend in Kauf.

Das Finanzierungsmodell für alle noch verbliebenen Maßnahmen zum Ausbau der erneuerbaren Energien ist perfide. Für fast alles soll der aus den für die Laufzeitverlängerung abgeführten Zahlungen der Atomindustrie gespeiste „Energie- und Klimafonds“ erhalten, der aber nur einen Bruchteil der zuvor von der Regierung gestrichenen Gelder enthält.

Statt Zukunftsenergien und Energieeinsparung will die Regierung die Energieproduktion von vorgestern fördern. Aus dem „Energie- und Klimafonds“ sollen sogar neue „CCS-fähige“ Kohlekraftwerke gefördert werden. Dabei steht in den Sternen, ob die umstrittene CCS-Technologie jemals funktioniert oder wettbewerbsfähig wird. Mit Vattenfall scheint derzeit selbst der letzte Wirtschaftsakteur das Interesse daran zu verlieren. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen staatliche Mittel zur Unterstützung der CCS-Technologie bei Kohlekraftwerken ab.

Die Regierung Merkel trifft nicht nur falsche Grundsatzentscheidungen, sie verunsichert eine gesamte Branche. Die Wettbewerber der vier Großkonzerne hatten mit dem schrittweisen Abschalten der Atomkraftwerke geplant. Ihre Investitionen in neue Anlagen werden durch die Laufzeitverlängerung in Frage gestellt. Der Ausstieg aus dem Atomausstieg begünstigt die vier Atomkonzerne mit Geschenken in Milliardenhöhe. Die Mitwettbewerber werden geschwächt. Dies ist ein Reizklima für alle zukünftigen Investitionen zum Beispiel in Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) oder in Effizienztechnologien, da es jegliche Sicherheit und Planbarkeit nimmt. Für die KWK sieht die Bundesregierung im Energiekonzept sogar überhaupt keine Ausbauziele mehr vor.

Die Energiebranche braucht stabile und dauerhafte Rahmenbedingungen mehr denn je. Aber mit dem Vorgehen der Regierung ist nicht einmal der Versuch eines dauerhaften energiepolitischen Konsenses zu erkennen.

Alles in allem ist dieses Regierungsprogramm zwar ein großer Schritt, wie Kanzlerin Merkel betont – allerdings in die falsche Richtung! So sind die Klimaziele für Deutschland und so ist eine zukunftsfähige Energieversorgung nie und nimmer zu erreichen.

Im Gegensatz zur Bundesregierung wollen wir Grüne die Energiewende fortführen und zum Erfolg bringen:

Um den Ausstoß von Klimagasen in Deutschland bis 2020 um 40% zu verringern, wollen wir bis 2020 den Stromverbrauch um 12% und den Wärmeverbrauch um 20% verringern. Die Stromproduktion soll möglichst bereits bis 2030, die Wärmeproduktion bis 2040 komplett auf erneuerbare Energien umgestellt sein. Bis 2050 soll der gesamte CO₂-Ausstoß um 95% reduziert werden.

Unsere Ziele sind ambitioniert, aber erreichbar, wenn wir jetzt Ernst machen mit einer Politik, die sich am gesellschaftlich Notwendigen und an zukunftsfähigen Innovationen orientiert, anstatt an den kurzfristigen Interessen einflussreicher Energiekonzerne. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden diesen großen Schritt gehen – und zwar in die richtige Richtung

Laufzeitverlängerung verhindern – Atomkraft beenden!

Die Aufkündigung des Atomkonsenses ist eine unmissverständliche Kampfansage an die atomkritische Mehrheit der Bevölkerung, an Stadtwerke und neue Energieversorger sowie an zahllose Unternehmen, die in den letzten zehn Jahren hunderttausende Arbeitsplätze mit dem Ausbau erneuerbarer Energien und mit Energieeffizienz geschaffen haben. Und es ist eine Kampfansage an das Wendland, wo zur Absicherung der Atomstromproduktion in Gorleben das Endlager für radioaktive Abfälle gebaut werden soll. In Absprache mit den Atomkonzernen wurde ein so genanntes Energiekonzept erarbeitet, das mehr Atommüll, weniger Sicherheit und mehr Macht und Profit für die Atomkonzerne bedeutet.

Mit der Laufzeitverlängerung dreht die Bundesregierung das energiepolitische Rad um zehn Jahre zurück und versucht, die Energiewende mit Atomausstieg und Ausbau der erneuerbaren Energien zu beenden. Schrottreaktoren wie Brunsbüttel oder Biblis sollen noch Jahre laufen können, obwohl sie etwa gegen Flugzeugabstürze nicht gesichert werden können und alle drei

Tage ein meldepflichtiger Zwischenfall in deutschen Atomkraftwerken stattfindet. Die Regierung macht einen schmutzigen Deal Geld gegen Sicherheit: Vor dem Deal mit der Atomwirtschaft hielt Umweltminister Röttgen Nachrüstungen in Höhe von bis zu 50 Milliarden Euro für notwendig. Laut Geheimvertrag will die Regierung die Kosten für die Betreiber jetzt auf 500 Millionen Euro pro AKW begrenzen – jede weitere Investition dürfen sie von ihren vereinbarten Zahlungen abziehen.

Die Laufzeitverlängerung bremst die erneuerbaren Energien aus. Das Gerede von der „Brückentechnologie“ ist eine gezielte Irreführung. Nach den Plänen der Bundesregierung soll sich der Ausbau in den nächsten Jahren drastisch verlangsamen, der Ausbau der Windkraft an Land würde sich um zwei Drittel, der von Solarstrom um rund drei Viertel verringern. Sie zementiert die Marktdominanz der vier Stromkonzerne. Für kleine Anbieter und Stadtwerke wird die Laufzeitverlängerung teuer und schlägt mit rund sieben Milliarden Euro Verlust zu Buche. Enorme Zusatzgewinne, die nur unzureichend abgeschöpft werden, stärken die Marktmacht einzelner Großkonzerne und führen zu massiven Wettbewerbsnachteilen für andere Anbieter. Die EU-Kommission muss den deutschen Atomdeal deshalb wettbewerbsrechtlich prüfen.

Die Laufzeitverlängerung spült 70 Milliarden Euro Extraprofit in die Kassen der Atomkonzerne. Lediglich ein Bruchteil soll durch eine Brennelementesteuer und den im Geheimvertrag mit den Atomkonzernen ausgehandelten „Energie- und Klimafonds“ abgeschöpft werden. Dabei spielt die Regierung Sicherheit gegen Geld aus: Je mehr in Nachrüstung investiert wird, umso weniger müssen die Atomkonzerne in den Fonds einzahlen. Ob und inwieweit nach 2016 weitere Gelder aus den zusätzlichen Atomprofiten in den Fonds fließen, ist unklar. Trotzdem wird die Laufzeitverlängerung den Strom nicht billiger machen, im Gegenteil: Weniger Wettbewerb stärkt die Macht des Oligopols und führt stets zu steigenden Preisen.

Das Schrumpfen der weltweiten Uranressourcen verteuert das Uran und macht Atomkraft auch aus diesem Grund zu einer untragbaren und unsicheren Energiequelle. Schwarz-Gelb gaukelt den BürgerInnen jedoch vor, ausgerechnet die Atomkraft würde Deutschland importunabhängig machen und sei ein Ausweg aus der Energieressourcenverknappung. Tatsächlich muss 100% des Urans importiert werden. Atomkraft schafft geopolitische Risiken und macht uns abhängig von den Ländern mit Uranabbau. So kamen 2007 die Uranlieferungen an Energieversorgungsunternehmen in der EU zu 54% aus instabilen Ländern. Außerdem blendet die Bundesregierung vollständig die untragbaren Arbeitsbedingungen und irreparablen Umweltzerstörungen aus, die mit dem Uranabbau einhergehen und dringend beendet werden müssen. Wir fordern von der Bundesregierung auch an diesem Punkt Transparenz. Dazu gehört die Veröffentlichung von exakten Herkunfts- und Preisangaben zu den Uranimporten, so wie es auch für Kohle, Öl und Gas üblich ist.

Wir kämpfen für den Ausstieg

Mit dem schnellstmöglichen Atomausstieg übernehmen wir unsere Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen. Er ist aus Sicherheitsgründen ebenso wie aus energie-, klima- und wirtschaftspolitischen Gründen vernünftig und geboten. Er hat entscheidend dazu beigetragen, die Energiewende zugunsten erneuerbarer Energien, Klimaschutz, zukunftssicherer Arbeitsplätze und technischer Innovation voranzubringen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kämpfen mit aller Kraft dafür, den Weg in eine umwelt- und sozialverträgliche Energieversorgung ohne Atomkraft weiterzugehen. Zusammen mit der Anti-Atom-Bewegung, Umweltverbänden, Gewerkschaften, Unternehmen, Stadtwerken und Kirchen werden wir den außerparlamentarischen Druck auf die Bundesregierung und die Atomkonzerne weiter verstärken, um die Laufzeitverlängerungen noch zu verhindern.

Dass die Atomgesetz-Novelle ohne Länderzustimmung durchgepeitscht werden soll und dass der so genannten „Fonds-Vertrag“ zwischen Bundesregierung und Atomkonzernen am Parlament vorbei ausgekungelt wurde, ist undemokratisch und verfassungswidrig. Wir werden auf allen Ebenen dafür kämpfen, dass diese Laufzeitverlängerung nicht Realität wird!

Primat der Politik durchsetzen

Die Atomkonzerne, die den Ausstiegsvertrag im Jahr 2001 eigenhändig unterzeichnet hatten, haben sich als Verhandlungspartner diskreditiert. Sie haben ihre eigenhändig unterschriebene Vereinbarung gebrochen, mit ihren HelfershelferInnen in Union und FDP den Ausstieg hintertrieben und wollen nun den Wiedereinstieg durchsetzen.

Unser Ziel bleibt der schnellstmögliche Ausstieg aus der Nutzung der Atomkraft. Durch den Atomausstiegsbeschluss wurden entscheidende eigentumsrechtliche Fragen, die einem Sofortausstieg entgegenstehen, geklärt. Darauf können wir künftig aufbauen und die schwarz-gelbe Laufzeitverlängerung rückgängig machen, falls sie trotz des Widerstandes vorübergehend in Kraft treten sollte. So haben wir seinerzeit geklärt, dass eine AKW-Betriebszeit von 32 Jahren grundsätzlich ausreichend ist, um Anlagen ohne Entschädigungsansprüche stillzulegen.

Dies gilt jedoch nur unter der Bedingung, dass die Sicherheit der Atomkraftwerke gewährleistet ist. Die Schadensvorsorge muss dem gesetzlich vorgeschriebenen „Stand von Wissenschaft und Technik“ entsprechen. Dies ist zumindest bei älteren Anlagen nicht der Fall. Diesen Zustand, der Gefahr für Leib und Leben bedeutet, werden wir beenden.

Sicherheit geht vor – den Ausstieg jetzt forcieren

Für uns hat die Sicherheit Vorrang vor den Gewinn- und Eigentumsinteressen der AKW-Betreiber. Jürgen Trittin hat noch als Umweltminister die Überarbeitung und Verschärfung des kerntechnischen Regelwerks in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse liegen mittlerweile vor, werden aber von Umweltminister Norbert Röttgen und den CDU-Atomministern in den Ländern einfach ignoriert. Er schwadroniert weiter von sicherer „Kernkraft“, anstatt das modernisierte Regelwerk endlich in Kraft zu setzen – wie im Übrigen auch sein Vorgänger Sigmar Gabriel.

Seit dem Ausstiegsbeschluss von 2001 hat sich durch die reale Gefahr eines Terrorangriffs sowie durch die fortschreitende Alterung der Atomanlagen die Sicherheitslage der Atomanlagen verschlechtert. Dieser Entwicklung muss im Atomrecht und bei der Atomaufsicht konsequent Rechnung getragen werden. Auch für Transporte radioaktiven Materials müssen höchste Sicherheitsanforderungen und größtmögliche Transparenz gelten, sowohl bei Castortransporten als auch bei Transporten von Uranhexafluorid. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilen die Entscheidung der schwarz-gelben Bundesregierung, den Export von Atomtechnologie wieder über staatliche Hermesbürgschaften abzusichern. Denn damit erhöht sie auch die Gefahr der Proliferation von Atomwaffen (Weitergabe von Technik, Wissen oder Material aus dem „zivilen“ Anwendungsbereich zum Bombenbau).

Wir wollen

- ◆ die Sicherheitsbestimmungen für den Betrieb von Atomkraftwerken verschärfen und z.B. eine Sicherung aller AKWs gegen Flugzeugabstürze verbindlich vorschreiben;
- ◆ das verschärfte kerntechnische Regelwerk sofort anwenden und alle Atomanlagen einer umfassenden Sicherheitsüberprüfung unterziehen;
- ◆ eine Überprüfung der Sicherheitsanforderungen und Tests an Castoren für Transport und Zwischenlagerung unter Einbeziehung der Sicherung vor Flugzeugabstürzen und Terrorangriffen;

- ◆ die Atomaufsicht beim Bund konzentrieren und die Atomkonzerne für die erforderlichen personellen und finanziellen Mittel für eine wirkungsvolle Aufsicht bezahlen lassen;
- ◆ das Klagerecht von betroffenen BürgerInnen gegen mangelnde Sicherheitsvorkehrungen vollständig erhalten;
- ◆ die Forschung zu gesundheitlichen Gefahren der Atomkraft fortführen und intensivieren.
- ◆ den Export von Technologien für den Bau von Atomwaffen (wie z.B. die Hochgeschwindigkeits-Zentrifugen-Technologie) unter Einbeziehung der zuständigen internationalen Gremien so erschweren, dass keine Hermesbürgschaften mehr für den Export von Atomtechnologie vergeben werden und der Export von Technologien, die auch für den Bau von Atomwaffen verwendet werden könnten (dual-use) eingedämmt wird.

Die gesundheitlichen Risiken des heutigen AKW-Betriebes müssen neu bewertet und analysiert werden. Die Kinderkrebsstudie hat gezeigt, dass AKWs auch schon im Normalbetrieb gesundheitliche Risiken verursachen können und dass wir mehr Forschung über die Wirkung der Strahlung aus dem Normalbetrieb der Atomkraftwerke brauchen, um die gesundheitlichen Gefahren und Wirkungen niedrig dosierter Strahlung besser zu verstehen. Auf dieser Grundlage sind Werte festzusetzen, die das Vorsorgeprinzip auch in der Nachbarschaft von atomaren Anlagen gewährleisten. Dabei sind Messungen aller radioaktiven Strahlungen ohne Ausnahme zu Grunde zu legen.

Unser Ziel bleibt der schnellstmögliche Ausstieg. Die sieben ältesten AKWs (Neckarwestheim 1, Biblis A und B, Isar 1, Brunsbüttel, Unterweser, Philippsburg 1) sowie den Pannenreaktor Krümmel wollen wir sofort stilllegen. Den vorübergehenden Weiterbetrieb der anderen Atomanlagen machen wir von strengsten Sicherheitsauflagen abhängig. Wir wollen Brennstoffproduktion für Atomkraft in Deutschland beenden und prüfen, inwieweit die Genehmigung für die Urananreicherungsanlage Gronau als Teil der atomaren Brennstoffkette zurückgenommen oder eingeschränkt werden kann.

Atom-Privilegien abschaffen

Die Atomwirtschaft verfügt seit vielen Jahrzehnten über Privilegien, die noch aus der Zeit der staatlichen Energiemonopole stammen und durch die immense Lobby-Macht der Konzerne durchgesetzt wurden. Diese Privilegien behindern das Entstehen eines fairen und zukunftsweisenden Strommarktes und gehören abgeschafft. Die Atomwirtschaft muss endlich für alle Kosten, die sie verursacht, aufkommen und darf sie nicht weiter der Allgemeinheit aufbürden.

Wir wollen

- ◆ eine dauerhafte Brennelementesteuer mit – gegenüber den Regierungsplänen – deutlich erhöhten Sätzen, um die Kosten für die Entsorgung und Sanierung der Atom-Infrastruktur (z.B. Forschungsreaktoren, Endlager) der Atomwirtschaft zu übertragen;
- ◆ die betrieblichen Rückstellungen für die Entsorgung des Atommülls und den Rückbau der AKW in einen öffentlich-rechtlichen Fonds überführen;
- ◆ die Versicherungspflicht deutlich anheben – orientiert an der neuen Risikolage durch Alterung und erhöhte Terrorgefahr. Wenn am Versicherungsmarkt keine Deckung zu erzielen ist, sollen die AKW-Betreiber verpflichtet werden, ihre Risiken beim Staat gegen Gebühr zu versichern. Schon ‚kleine bis mittlere‘ Atomunfälle können leicht Schäden verursachen, die weit über die derzeit versicherten 2,5 Milliarden Euro hinausgehen. Sichergestellt werden muss, dass tatsächlich und unbegrenzt die Muttergesellschaften der Atomwirtschaft in vollem Umfang haften und dies nicht auf kleinere Betreibergesellschaften abwälzen können;

- ◆ die AKW-Betreiber entsprechend dem von ihnen in der Asse entsorgten Atommüll an den Kosten für die Rückholung des Mülls beteiligen, d.h. zu ca. 90%.

Neustart bei der Endlagersuche – Gorleben soll leben

Die Laufzeitverlängerung erhöht die Menge des anfallenden hochradioaktiven Atommülls um 25%, das sind über 4.000 Tonnen. Und das, obwohl auch 50 Jahre nach dem Beginn der Atomenergienutzung in Deutschland immer noch kein Endlager zu Verfügung steht. Der Staat verletzt damit seine Schutzpflichten gegenüber der Bevölkerung. An den Zwischenlagern muss mehr Müll länger gelagert werden. Statt endlich eine Lösung für ein sicheres Endlager anzugehen, setzt die Bundesregierung alles auf das gescheiterte Projekt Gorleben.

Mit der Wiederaufnahme der so genannten „Erkundung“ des Salzstocks in Gorleben als mögliches Endlager für hochradioaktive Abfälle knüpft Bundesumweltminister Röttgen unmittelbar an den schwarz-gelben Atomfanz der 1980er Jahre an. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss im Deutschen Bundestag hat klar und deutlich aufgezeigt: Bereits die Auswahl und Erkundungsentscheidung für die Endlagerstandorte Gorleben waren politisch motiviert und nicht wissenschaftlich begründet. Auch Schacht Konrad wurde als Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle ohne vergleichendes Verfahren ausgewählt. Hieraus, sowie aus dem Desaster in der Asse, die immer als Modell für Gorleben galt, müssen Konsequenzen gezogen werden. Nach wissenschaftlichen Kriterien, insbesondere aufgrund des fehlenden Deckgebirges, wegen der Permafrosttrisse, die bis in den potentiellen Lagerhorizont hineinragen, wegen der Laugenvorkommen, die durch Einlagerung hitzeentwickelnden Atommülls mobilisiert werden können und den bislang verschwiegenen immensen Gasvorkommen im Bereich des Salzstocks, halten wir Gorleben geologisch für ungeeignet. Weil die Öffentlichkeit niemals transparent am Verfahren beteiligt sondern über Jahrzehnte belogen und betrogen wurde, ist Gorleben als Endlagerstandort politisch auf jeden Fall verbrannt.

Die Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl ließ Gutachten manipulieren und setzte Gorleben-kritische Fachleute unter Druck. Zudem wurde unter dem Deckmantel der Erkundung faktisch mit dem Bau des Endlagers begonnen, übrigens ohne atomrechtliche Genehmigung. Es war höchste Zeit, als unter grüner Regierungsbeteiligung dieser Schwarzbau gestoppt und mit einem Moratorium verhindert wurde, dass weitere Fakten geschaffen wurden. So konnten endlich offene Fragen im Hinblick auf die Endlagerung von Atommüll aufgearbeitet und angegangen werden. Schwarz-Gelb will jetzt den Weiterbau des Schwarzbaus in Gorleben, den sie einst unter dem Deckmantel „Erkundung“ begonnen haben, gegen alle Widerstände durchdrücken. Anders als Kohl und Merkel werden wir eine transparente, ergebnisoffene Standortsuche nach den Empfehlungen der unter Rot-Grün eingesetzten Expertenkommission zur Endlagersuche (AK End) beginnen. Nach den Kriterien des AK End kann Gorleben genauso wenig Standort im Vergleichsverfahren werden wie die gescheiterten Standorte Asse und Morsleben solchen Kriterien standgehalten hätten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden daher alles daran setzen, innerhalb einer Legislaturperiode die Aufgabe des Endlagerstandortes zu erreichen.

Wir wollen

- ◆ den Bau eines Endlagers in Gorleben sofort und endgültig beenden und den Standort rückbauen;
- ◆ ein Endlagersuchgesetz beschließen, das die Empfehlungen des AK End umsetzt, und eine ergebnisoffene, vergleichende Endlagersuche mit umfangreicher Bürgerbeteiligung für alle Arten von Atommüll durchführen;

- ◆ das Endlagersuchverfahren, sowie Bau und Betrieb, in der Trägerschaft der öffentlichen Hand und nicht unter der Federführung der Atomkonzerne durchführen;
- ◆ dieser vergleichenden Suche eine systematische wissenschaftliche Diskussion voranstellen, die u.a. die Erfahrungen in der Asse systematisch auswertet;
- ◆ in allen Entscheidungen und Verfahren zur Endlagerung (Asse, Morsleben, Schacht Konrad, Endlagersuche) Transparenz und Partizipation zum Leitmotiv machen;
- ◆ die Vorgänge bei der Auswahl, der Erkundung und dem Bau des Endlagers in Gorleben im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss lückenlos aufklären.

Keine Atommüllverschieberei von Ahaus nach Russland

Im Jahr 2005 wurden 18 Castor-Behälter mit Atommüll aus dem sächsischen Forschungszentrum Dresden-Rossendorf ins nordrhein-westfälische Atommüll-Zwischenlager Ahaus transportiert. Das Land Sachsen will jetzt den Atommüll von Ahaus ins russische Majak - eine der höchstverseuchtesten Gegenden der Erde - transportieren. Die Bundesregierung hat den Transport durch Deutschland bereits genehmigt und eine unterschriftsreife internationale Vereinbarung mit Russland hierzu vorbereitet.

Wir kritisieren in aller Schärfe das unverantwortliche Vorgehen der Bundesregierung. Sie gefährdet durch die Atommüllverschieberei Mensch und Umwelt und nimmt die weitere Verstrahlung der Majak-Region in Kauf. Unsere Solidarität gilt den dort seit Jahrzehnten betroffenen Menschen. Wir halten die Transporte für unverantwortbar und fordern die Bundesregierung daher nachdrücklich auf, keine internationalen Vereinbarungen mit Russland zu treffen, die diese Transporte ermöglichen. Das Land Sachsen fordern wir auf, den Transportauftrag umgehend zurückzunehmen. Gemeinsam mit den Initiativen und Verbänden werden wir uns an Aktionen und Protesten auch gegen die Transporte von Ahaus nach Russland beteiligen.

100% Erneuerbar – Grüne Energieerzeugung

Erneuerbare Energien konsequent ausbauen

In Deutschland hat es auf der Grundlage des von Rot-Grün 2000 beschlossenen Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) einen beispiellosen Ausbau erneuerbarer Energien gegeben. Mittlerweile stammen bereits 17% des verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Quellen, 340.000 Menschen arbeiten in dieser boomenden Branche.

Der Aufbau einer zukunftsfähigen Energieversorgung kostet Geld; aktuell wird über die EEG-Umlage gestritten. Dabei geht es in letzter Konsequenz um die Frage, ob die Generation, die Atomrisiken und Klimawandel zu verantworten hat, auch für die Kosten der Energiewende gerade steht oder ob sie die Begleichung der Rechnung ihren Kindern überlässt. Dabei stehen den monatlichen Mehrkosten von relativ wenigen Euro pro Haushalt durch die EEG-Umlage gesellschaftliche Einsparungen in weit größerem Umfang gegenüber. Allein im Jahr 2009 ersparten erneuerbare Energien Kosten für fossile Brennstoffe in Höhe von fast 6 Milliarden Euro und vermieden externe Kosten durch Umwelt- und Gesundheitsschäden von rund 8 Milliarden Euro. Hinzu kommt die preissenkende Wirkung der Erneuerbaren an der Strombörse in Milliardenhöhe. Beim EEG steht unterm Strich also ein dickes volkswirtschaftliches Plus.

Insgesamt ist das EEG eine einzigartige Erfolgsgeschichte und ein Garant für eine CO₂-freie solare Zukunft. Es ist Beispiel gebend für die Welt und hat so als grünes Vorreiterprojekt in über 50 Ländern der Erde bereits seine Klimaschutzwirkung entfalten können. Diesen Weg wollen wir – anders als die Bundesregierung – konsequent weiter beschreiten und das EEG dazu ständig weiterentwickeln. Wir wollen zudem vor Ort für den Ausbau der erneuerbaren Energien werben,

die Bürgerinnen und Bürger beteiligen und dabei auch klare Kriterien für Natur- und Artenschutz aufzuzeigen.

Bereits ein Bruchteil der vorhandenen Potenziale an Wind, Sonneneinstrahlung, Wasserkraft, Biomasse, Meeresenergie und Erdwärme reichen aus, um den Energiebedarf zu decken. Um dieses Potenzial zu nutzen und bereits bis 2030 möglichst komplett auf Stromerzeugung aus Erneuerbaren umzusteigen, wollen wir

- ◆ eine Forschungs- und Technologieoffensive für erneuerbare Energien, u. a. innovative Formen der Stromerzeugung aus Biomasse sowie Energiespar- und Speichertechnologie auflegen;
- ◆ eine gezielte Anpassung und Weiterentwicklung der EEG-Vergütungen, die noch stärkere Kostensenkungen befördert (Solarstrom), weiteren Ausbau anreizt (Repowering, Kleinwindanlagen, Offshore) sowie auf umweltgerechtere Produktion umorientiert (Biomasse, Wasserkraft);
- ◆ das Transportnetz ausbauen und intelligenter machen und den regionalen Bedürfnissen anpassen, damit der Strom von den neuen Erzeugungsschwerpunkten zu den Verbrauchern kommt und das Netz nicht zum Flaschenhals der Energiewende wird;
- ◆ die verbindliche Einhaltung strenger ökologischer und sozialer Kriterien bei der Biomasseproduktion;
- ◆ die Verbesserung rechtlicher Rahmenbedingungen und der Förderung für Erdwärmenutzung und Meereskraftanlagen;
- ◆ die Neuauflage eines Marktanzreizprogramms für innovative erneuerbare Energien;
- ◆ ein Biogaseinspeisegesetz unter Beachtung ökologischer und sozialer Produktionskriterien sowie den erforderlichen Ausbau der Gasnetze;
- ◆ die Verbesserung rechtlicher Rahmenbedingungen, um das Windenergie-Potenzial an Land besser zu nutzen.

Kraft-Wärme-Kopplung entscheidend voranbringen

Die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) kann mit Gesamtwirkungsgraden von bis zu 90% einen großen Beitrag zu Ressourcen- und Klimaschutz leisten. Dennoch stagniert ihr Ausbau in Deutschland, weil sowohl die große Koalition als auch Schwarz-Gelb nichts getan haben, um KWK zu fördern und für günstige Rahmenbedingungen zu sorgen. Es ist geradezu skandalös, dass die KWK im aktuellen Energiekonzept der Bundesregierung keine Rolle spielt. Im Gegenteil, der Anreiz, in diese Technologie zu investieren, sinkt stetig. Unser Ziel ist es dagegen, bis 2020 den Anteil von KWK an der Stromerzeugung auf 30% und an der Wärmeerzeugung auf 14% zu erhöhen. Dabei müssen sich die Kapazitäten am zukünftigen Wärmebedarf konsequent sanierter Gebäude orientieren. Dazu wollen wir

- ◆ Förderzeitraum und -dauer für KWK-Anlagen erhöhen und die Deckelung der jährlichen Förderung abschaffen;
- ◆ die Förderung für Mini-Blockheizkraftwerke wieder einführen und einen langfristigen Einspeisevorrang für Strom aus hocheffizienter KWK garantieren;
- ◆ Hürden und Hemmnisse für Modernisierung und Wärmenetzausbau gerade von Nahwärmenetzen abbauen;
- ◆ eine KWK-Verpflichtung für die Erzeugung industrieller Prozesswärme.

Die Bundesregierung will durch die KWK-Novelle auch neue Kohlekraftwerke fördern, wenn sie einen gewissen KWK-Anteil erbringen. Dagegen wollen wir wegen der klimaschädlichen Wirkung neue Kohlekraftwerke ausschließen.

Keine neuen Kohlekraftwerke

Neben der Laufzeitbegrenzung für AKWs ist die wichtigste Rahmenbedingung für eine CO₂-freie Energiewirtschaft der Zukunft der geordnete Ausstieg aus der Kohlekraft. Kohleverstromung ist die klimaschädlichste und ineffizienteste Form der Stromerzeugung. Braunkohlekraftwerke sind dreimal, Steinkohlekraftwerke etwa doppelt so klimaschädlich wie moderne Gaskraftwerke. Kohlekraftwerke verursachen knapp ein Drittel der deutschen Treibhausgasemissionen, darüber hinaus setzen sie große Mengen an Schadstoffen frei. Der Kohleabbau hinterlässt massive Schäden an Umwelt und Natur und vertreibt viele Menschen aus ihrer Heimat.

Trotzdem sind derzeit in Deutschland noch zehn neue Kohle-Großkraftwerke im Bau, mindestens zehn weitere in Planung. Allein diese neuen Kohlekraftwerke würden noch in Jahrzehnten über 100 Millionen Tonnen CO₂ freisetzen und damit das Erreichen aller Klimaschutzziele unmöglich machen. Wir wollen daher den Neubau von Kohlekraftwerken verhindern

- ◆ durch Einführung eines verpflichtenden elektrischen Mindestwirkungsgrades von 58% für alle fossilen Großkraftwerke;
- ◆ durch Einführung einer verpflichtenden Energienutzung von drei Vierteln für alle neuen fossilen Kraftwerke mit Wärmeauskoppelung;
- ◆ durch Einführung strenger Mindestwirkungsgrade für bestehende Kohlekraftwerke ab 2015, um in Zukunft besonders ineffiziente Anlagen zur Abschaltung zu zwingen.

Dadurch würde der Strukturwandel in der Energiewirtschaft vorangetrieben, der Neubau von Kohlekraftwerken gestoppt und das Abschalten alter, ineffizienter Dreckschleudern beschleunigt. Der Kohleausstieg muss mit dem Verzicht auf die Erweiterung bestehender und dem Verzicht des Aufschlusses neuer Tagebaue beginnen. Wir fordern das Ende der Privilegierung und Subventionierung der Stein- und Braunkohleverstromung.

Aus der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko lernen

Die gesunkene Ölplattform "Deepwater Horizon" macht die Gefahren fossiler Energien deutlich: Unvorstellbare Mengen Öl flossen wochenlang unkontrolliert ins Meer. Eine Explosion wie auf der "Deepwater Horizon" kann sich auch anderswo wiederholen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten seit langem für eine konsequente Strategie "Weg vom Öl" ein. Nur so lassen sich langfristig und auf Dauer Schäden vermeiden. Wir fordern international verbindliche Regeln für die Ölförderung. Die Fördermethoden müssen strengen ökologischen und sozialen Kriterien genügen. Die Förderung in Meerestiefen, die nicht mehr von Tauchern erreicht werden können, ist technisch nicht zu beherrschen und gehört beendet. Die schleichende Umweltverschmutzung im Normalbetrieb der Ölförderung muss konsequent bekämpft werden. Notfallpläne - auch an der deutschen Küste - sind zu überprüfen und anzupassen.

Das Energiekartell auflösen

Wettbewerb auf dem Energiemarkt braucht starke neue Akteure. Der Ausbau erneuerbarer Energien hat tausende Investoren zu Energieunternehmern gemacht. Diesen Trend wollen wir durch verlässliche Rahmenbedingungen für Energie aus Sonne, Wind, Biomasse, Wasserkraft und Geothermie fortführen. Außerdem wollen wir die kommunalen Stadtwerke sowie neue, von den vier Atomkonzernen unabhängige Energieversorger im Wettbewerb stärken.

Wir wollen dazu

- ◆ ein Entflechtungsgesetz, das die kartellrechtlichen Voraussetzungen für eine Zergliederung der marktbeherrschenden Atomkonzerne in kleinere, eigenständige Unternehmen oder für die zwangsweise Ausgliederung von Kraftwerkskapazitäten schafft;
- ◆ Energieerzeugung und Netzbetrieb eigentumsrechtlich trennen und die Stromnetze unter öffentliche Kontrolle bringen;
- ◆ den Netzbetrieb durch Schaffung einer einheitlichen Regelzone und die Öffnung des Marktes für Regelstrom kosteneffizient und fair gestalten;
- ◆ die Stadtwerke stärken und Kommunen bei der Rekommunalisierung ihrer Energieversorgung unterstützen und die Energieerzeugung in Bürgerhand fördern.

Stromnetze um- und ausbauen

Der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien stellt an die Stromnetze und die Energieinfrastruktur insgesamt große Herausforderungen. Die rückständige, immer noch auf die Dominanz atomar-fossiler Grundlastkraftwerke ausgerichtete Netzinfrastruktur muss grundlegend umgebaut werden. Wir brauchen intelligente Netzsteuerung („Smart Grids“), Optimierung und Neubau von Leitungen in den Verteil- und Übertragungsnetzen, mehr Speicherkapazität sowie stabile, grenzüberschreitende Hochleistungsnetze für den großräumigen Austausch erneuerbar erzeugten Stroms. So kann künftig schwankende Stromerzeugung aus Wind und Sonne dezentral und großräumig ausgeglichen werden. Die Netze werden stabilisiert und existierende große Speicherpotenziale – etwa in Wasserkraftwerken Skandinaviens oder der Alpen – angebunden.

Dafür wollen wir

- ◆ ein auf Erneuerbare statt auf Kohle- und Atomstrom ausgerichtetes Stromnetz unter öffentlicher Kontrolle, das fairen Wettbewerb und Integration der erneuerbaren Energien ermöglicht;
- ◆ bei allen neuen Trassenplanungen Transparenz durch frühe Einbeziehung der Anwohner und Veröffentlichung aller relevanten Netzdaten;
- ◆ neue Stromleitungen zum Großteil unterirdisch verlegen und zügig Referenzprojekte für die Erdverkabelung auf Höchstspannungsebene über längere Distanzen realisieren;
- ◆ konsequente Unbundling (Entflechtung): private wie öffentliche Netzinvestoren müssen von der Stromerzeugung eigentumsrechtlich getrennt sein;
- ◆ Innovationen wie neue Speicherlösungen - auch als Ergänzungen zu immer neuen Leitungen, intelligente und datenschutzfreundliche Zähler, effektives Lastmanagement, bedarfsgerechte Einspeisung etc. fördern;
- ◆ einen klaren Auftrag an die Regulierungsbehörden, bei Planung und Betrieb der Netze den Vorrang der Erneuerbaren durchzusetzen;
- ◆ eine europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien, EURENEW, die eine moderne, europaweit vernetzte regenerative Infrastruktur schafft;
- ◆ Mobilisierung neuer Kapitalquellen für den Ausbau der Stromnetze durch neue AkteureInnen oder die öffentliche Hand.

Im Gegensatz zu den Plänen der Regierung wird eine Anpassung der Netzstruktur an die Herausforderungen der Einspeisung von 100 % Strom aus erneuerbaren Energien überhaupt nur stattfinden. Wir begegnen damit den zwei Haupthemmnissen, die dem Netzausbau entgegen stehen: der fehlenden Akzeptanz der Bevölkerung und der Blockadehaltung einiger Netzbetrei-

ber zu einer echten Neustrukturierung der Stromnetze in Deutschland und Europa. Flächen- und Landschaftsverbrauch von Netzen und Speichern müssen auf ein Minimum reduziert werden. Keinen Erfolg kann dagegen die Strategie von Schwarz-Gelb haben, den Netzausbau durch Abbau der Bürgerrechte zu erzwingen und Erdkabel zu verhindern.

Strom sparen

Stromeinsparung bringt dreifache Dividende. Sie spart CO₂-Emissionen, Ressourcen und Geld. Die Möglichkeiten der Energieeinsparung müssen viel umfassender als bisher genutzt und gefördert werden. Mit der Ökodesignrichtlinie der EU existiert erstmals ein verbindlicher Ansatz für Energiestandards. Dieser Ansatz muss auf alle Bereiche ausgeweitet werden und endlich national umgesetzt werden. Unser Ziel ist 12% weniger Stromverbrauch bis 2020. Damit Strom in Privathaushalten sowie in Industrie und Gewerbe im großen Stil eingespart wird, wollen wir

- ◆ ein Energieeffizienzgesetz mit verbindlicher Einsparquote für Energieversorger einführen, eine unabhängige Effizienzagentur gründen und Mittel aus dem neuen grünen Energiesparfonds zur Förderung des Stromsparens verwenden;
- ◆ einen Top-Runner-Ansatz verbindlich einführen, der eine schnelle Marktdurchdringung moderner Spargeräte gewährleistet;
- ◆ Energieaudits für energieintensive Unternehmen vorschreiben und Anreize für energieeffiziente Produktionsmittel schaffen;
- ◆ bestehende Wirtschaftsförderprogramme auf Energie- und Ressourceneinsparung ausrichten und das bestehende Impulsprogramm Materialeffizienz um Energieeffizienz erweitern und so attraktiver machen;
- ◆ intelligente Mess- und Regelungstechnik (smart metering) weiterentwickeln und zum verbindlichen Standard in Industrie und Gewerbe machen.

Gebäude flächendeckend energetisch sanieren

Die 18 Millionen Gebäude in Deutschland verbrauchen für Heizung und Kühlung etwa 40% der gesamten Endenergie und verursachen damit fast 20% des gesamten CO₂-Ausstoßes. Hier liegt das größte Energieeinsparpotential, sowohl bei Neubauten, aber insbesondere bei Altbauten. Eine intensive Gebäudesanierung schafft und erhält gleichzeitig hundertausende Arbeitsplätze in Handwerk und Baugewerbe. Anders als die Bundesregierung, die gerade die Gebäudesanierungsprogramme zusammenstreicht, wollen wir hier kräftig investieren. Jeder Euro staatlicher Förderung in diesem Bereich löst ein Vielfaches an privaten Investitionen aus. Aus dem Abbau klimaschädlicher Subventionen und mit Hilfe von Mitteln aus dem Emissionshandel sollen über 5 Milliarden Euro jährlich in Energiesparmaßnahmen vor allem im Gebäudebereich fließen. Um den Bestand in den kommenden 30 bis 40 Jahren komplett zu sanieren, wollen wir

- ◆ verbindliche Obergrenzen für den Energieverbrauch im Gebäudebestand einführen sowie die Energieeinsparverordnung (EnEV) für Neubauten und bei umfangreichen Sanierungen verschärfen;
- ◆ die Förderprogramme zur Gebäudesanierung ausbauen und verstetigen, attraktiver und flexibler an den realen Bedarf anpassen und teilweise auf Zuschüsse umstellen;
- ◆ einen Energiesparfonds in Höhe von 3 Milliarden Euro einrichten, der vornehmlich Sanierungs- und Einsparungsmaßnahmen einkommensschwacher Haushalte zu Gute kommen soll;
- ◆ eine Mietrechtsnovelle vorlegen, welche die Rechte der MieterInnen bei zu hohen Energiekosten wegen unzureichender energetischer Sanierung stärkt, zugleich aber u.a. im

Zusammenspiel mit Fördermaßnahmen Anreize für die VermieterInnen gibt, die notwendigen Innovationen zu tätigen;

- ◆ die Umlage und Abrechnung von Contractingvorhaben zur Energieeinsparung vereinfachen und fair gestalten;
- ◆ die Nutzungspflicht für erneuerbare Wärme auf Bestandsgebäude ausweiten, die Quote bei Neubauten anheben;
- ◆ einen einheitlichen, verbindlichen, transparenten und bedarfsorientierten Energieausweis einführen, der MieterInnen und VermieterInnen den Energieverbrauch der Häuser deutlich macht;
- ◆ eine flächendeckende Energieberatung für VerbraucherInnen, WohnungsbesitzerInnen, Verwaltungen, Unternehmen und Kommunen aufbauen.

Wärme aus erneuerbaren Energien

Der Einsatz von erneuerbar erzeugter Wärme ist lange nicht ausgereizt. Statt der heute 9% könnten bereits 2020 25% des Wärmebedarfs durch Sonne, Biomasse und Erdwärme gedeckt werden. Dazu bedarf es aber einer gänzlich anderen Politik als die der Bundesregierung, die sich weigert, verbindliche Rahmenbedingungen für den Einbau erneuerbarer Energien in den Gebäudebestand zu setzen und das Marktanzreizprogramm je nach Kassenlage mal an- und mal abschaltet. Damit entzieht sie einer zukunftsträchtigen (Handwerks-)Branche den Boden und bremst den Ausbau erneuerbar produzierter Wärme, anstatt ihn zu befördern.

Wir wollen

- ◆ ein Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz mit verbindlichen Ausbaupflichtungen für alle Gebäude sowie flankierende Fördermaßnahmen. Inhaltlich muss es mit bestehenden Instrumenten wie z.B. der Energieeinsparverordnung (EnEV) verzahnt werden;
- ◆ ein Marktanzreizprogramm für besonders innovative erneuerbare Wärmegewinnungstechnologien;
- ◆ Förderung des Ausbaus von Fern- und Nahwärmenetzen sowie saisonaler Wärmespeicherung.

Wirksamkeit des Emissionshandels verbessern

Das europäische Emissionshandelssystem ist eines der wichtigsten und umfassendsten Instrumente der Klimapolitik. Es unterwirft die Treibhausgasemissionen von rund 12.000 Kraftwerken und Industrieanlagen in 27 europäischen Staaten einer Obergrenze. Wir haben unter Rot-Grün den Emissionshandel in Deutschland eingeführt, gegen den Widerstand großer Teile der Industrie, der damaligen Opposition und der Kohlelobby in der SPD. Damit erhält CO₂ erstmals einen Preis und Emissionseinsparungen erhalten einen wirtschaftlichen Wert. Doch bislang werden die Emissionszertifikate an die Unternehmen weitgehend verschenkt. Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes entsprach diese freie Zuteilung allein im Jahr 2008 einer klimaschädlichen Subvention von 7,8 Milliarden Euro.

Wir Grüne wollen bestehende Fehler des Emissionshandelssystems beheben und dadurch seine klimapolitische Wirksamkeit erhöhen. Auch wenn sich ab 2013 die ökologische Lenkungswirkung verbessert, weil die Emissionszertifikate für den Kraftwerkssektor versteigert werden und europaweit einheitliche Emissionsobergrenzen in Kraft treten, bleiben noch zu viele Schlupflöcher und Fehler im System, wie zu hohe Obergrenzen oder keine Verknüpfung mit den Fortschritten beim Ausbau der erneuerbaren Energien.

Stattdessen wollen wir

- ◆ die Emissionsobergrenzen an die Ziele 30% Emissionsreduktion bis 2020 und 95% Emissionsreduktion bis 2050 für die EU anpassen und entsprechend deutlich absenken;
- ◆ eine Anpassung der Obergrenzen an den tatsächlichen Ausbau der erneuerbaren Energien, bei schnellerem Ausbau die Obergrenze für CO₂-Emissionen (CAPs) schneller senken;
- ◆ Emissionszertifikate auch für Industrie und Flugverkehr grundsätzlich komplett versteigern. Einer kontraproduktiven Verlagerung kohlenstoffintensiver Produktion außerhalb der EU soll mit entsprechenden Beihilfen begegnet werden;
- ◆ sicherstellen, dass die europäischen Klimaziele durch Klimaschutzmaßnahmen in Europa erreicht werden, so genannte CDM- und JI-Projekte (Projekte des Clean Development Mechanism/Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung sowie der Joint Implementation/Gemeinschaftsreduktion) in Drittländern müssen strenge ökologische Standards einhalten.

Ökologische Finanzreform fortführen

Der notwendige Umbau unserer Energieversorgung auf erneuerbare Energien kann nur gelingen, wenn nicht gleichzeitig atomare und fossile Energiequellen durch Steuervergünstigungen oder direkte Zuschüsse weiter massiv subventioniert werden. Alleine in Deutschland gewährt die öffentliche Hand umwelt- und klimaschädliche Subventionen von über 48 Milliarden Euro pro Jahr (UBA 2010). Es ist absurd, wenn den erneuerbaren Energien vorgeworfen wird, sie seien zu teuer, während die Nutzung von Kohle, Öl, Gas und Uran mit Milliardenbeträgen gefördert wird. Ausnahmen, Steuer- und Abgabenbefreiung sowie direkte Subventionen darf es für umwelt- und klimaschädliches Verhalten nicht mehr geben.

Wir wollen

- ◆ eine systematische Ökologisierung des Steuer- und Abgabensystems weiter vorantreiben, in dem wir die menschliche Arbeit entlasten und stattdessen den Verbrauch an Energie und Ressourcen sowie Umweltschäden belasten;
- ◆ eine Abschöpfung der Zusatzgewinne, welche die Energiekonzerne durch die kostenfreie Zuteilung der CO₂-Zertifikate eingestrichen haben;
- ◆ Subventionen und Steuererleichterungen für die Stein- und Braunkohlenutzung sowie im Mineralölsektor beenden;
- ◆ die Ausnahmeregelungen bei Energie- und Ökosteuern abschaffen. Die Abwanderung kohlenstoffintensiver Produktion soll durch eine Härtefallregelung im Einzelfall verhindert werden;
- ◆ eine Kerosinsteuer für den Luftverkehr einführen;
- ◆ das Dienstwagenprivileg abschaffen, eine CO₂-abhängige Besteuerung von Dienstwagen einführen.

Öffentliche Hand muss zum Vorbild werden

Die öffentliche Hand ist der größte Auftraggeber. Über 50 Milliarden Euro der öffentlichen Beschaffung jedes Jahr sind direkt klimarelevant. Leider spielen Klima- und Nachhaltigkeitskriterien im öffentlichen Beschaffungswesen bisher nur eine untergeordnete Rolle. Bisher werden selbst nach freundlichen Schätzungen nur 30% der öffentlichen Einkäufe umweltfreundlich beschafft. Zum Vergleich: In Großbritannien sind es über 70%.

Der Bund als milliardenschwerer Auftraggeber ist ein wichtiger Player auch auf dem Energiemarkt und muss künftig seiner Vorbildfunktion gerecht werden. Wir wollen eine ökologisch orientierte, energieeffiziente Beschaffung und eine Vollversorgung mit Ökostrom im Bund bis zum Jahr 2020 erreichen.

Wir wollen,

- ◆ dass die öffentliche Hand nur noch die energieeffizienteste Technologie am Markt beschafft. Im Gegensatz zur Bundesregierung folgen wir dem Vorschlag der EU-Kommission, dass dieses Ziel bis 2015 zu 50% erreicht werden muss;
- ◆ dass sämtliche Behörden und Einrichtungen von Bund, Ländern und Kommunen ihren Energiebedarf künftig komplett mit erneuerbaren Energien decken, zunächst mit Ökostrom, nach und nach auch im Wärme- und Fahrzeugbereich;
- ◆ dass der Bund eine zentrale Service- und Beratungsstelle einrichtet, die die Beschaffenden von Bund, Ländern und Kommunen bei einer Beschaffung nach ökologischen, klimafreundlichen und sozialen Kriterien unterstützt.

Energiewende: Alle können mitmachen

Wir alle haben in unserem unmittelbaren Umfeld und im Alltag die Möglichkeit, die Energiewende konkret zu gestalten. Das fängt bei sparsamen Elektrogeräten und der Reduktion des Wärmeverbrauchs an, geht über die Nutzung des Fahrrades oder öffentlicher Verkehrsmittel bis zum Kauf von Nahrungsmitteln aus der Region und aus ökologischem Anbau. Viele produzieren mittlerweile auf dem Dach oder im Keller eigene grüne Energie. Für alle individuellen Möglichkeiten, Energie zu sparen oder erneuerbar zu produzieren, wollen wir die politischen Rahmenbedingungen richtig setzen.

Wer Strom und Wärme bezieht, hat die Möglichkeit, auf grüne Anbieter umzusteigen oder Druck auf sein örtliches Stadtwerk auszuüben, mehr in erneuerbare Energie oder Energieeffizienz zu investieren. Es ist heute ein leichtes, den Stromanbieter zu verlassen, der Klimaschutz nicht ernst nimmt oder auf Atomkraft setzt. Wir Grüne unterstützen deshalb solche Stromwechsellkampagnen.

Die Zukunft der Energieversorgung ist GRÜN!

Schwarz-Gelb will eine Rolle rückwärts in die Energiepolitik der 80er Jahre mit Atom und Kohle zum Wohl der Großkonzerne durchsetzen. Für erneuerbare Energien, für Energiesparen und mehr Energieeffizienz machen sie keinen Finger krumm. SPD und Linke pflegen eine gefährliche Kohleromantik, fabulieren von Sockelbergbau und setzen sich für den Neubau von Kohlekraftwerken ein. Mit einer modernen, Klima schützenden Energieversorgung hat das alles nichts zu tun.

Zukunftsfähig ist nur ein grünes Energiekonzept, das auf die drei E's setzt:

100% erneuerbare Energien, Effizienz und Energiesparen. Dafür kämpfen wir GRÜNE mit ganzer Kraft!